

VIVANT- Fraktion

Plenarsitzung vom 01.12.2008

Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Mitglieder des Parlamentes und der Regierung,

Das Positive zuerst: Die VIVANT- Fraktion ist mit vielen Projekten in den einzelnen Organisationsbereichen einverstanden. Bei den Anhörungen in den Ausschüssen zeigt sich immer wieder, dass sehr gute Arbeit geleistet wird, und dass die Subventionen der Gemeinschaft von den vielen Institutionen sehr gut genutzt werden. Das gilt für die beiden wichtigsten öffentlich-rechtlichen Dienstleistungserbringer, das Unterrichtswesen und die beiden Krankenhäuser, es gilt aber auch für alle kleinen und größeren Organisationen, die sich tagtäglich bewähren.

Niemand in der DG möchte diese Dienstleistungen noch missen, und die VIVANT- Fraktion erkennt die organisatorische Arbeit der Regierung und der Ministerien an. Wenn dann, wie zuletzt beim Dekret zur Neu-Regelung der Volks- und Erwachsenenbildung ein Regierungsmitglied nicht die richtige Handlungsweise gewählt hat, dann obliegt es dem Parlament gegebenenfalls korrigierend einzugreifen. Das wäre, wie zu hören war, ja wohl in diesem konkreten Fall auch geschehen, wenn einige Mitglieder der Mehrheitsfraktionen ohne Sorge um Partei- oder Fraktionszwang, also in geheimer Abstimmung, hätten abstimmen können. Ich rufe es in Erinnerung, diese Abstimmungsmodalität war der Inhalt des allerersten Antrags der VIVANT- Fraktion zu Beginn der Legislaturperiode in 2004. Wir denken, dass der Bedarf für solch eine Regelung heute größer ist als je zuvor, wenn wir die Macht der Parteiführungen zurückdrängen und die Entscheidungsbefugnis der Parlamente wirklich fördern wollen!

Die heutige Stellungnahme der VIVANT- Fraktion betrifft einerseits einige zusätzliche Bemerkungen zum Einnahmehaushalt und beim Ausgabenhaushalt im Wesentlichen gewisse Handlungsweisen und einige Projekte, mit denen wir nicht einverstanden sein können.

Zusätzlich zu den Vorbehalten, welche Erwin Franzen im Namen der CSP- Fraktion bereits bezüglich der Auswirkungen der Wachstums- und Inflationsraten auf die föderale Dotation gemacht hat, gebe ich die Auswirkungen des Steuergeschenks von Finanzminister Didier Reynders an die Konzerne, die Banken und die KMUs in Form der fiktiven Zinsen, les intérêts notionnels auf das Eigenkapital, die fonds propres, zu bedenken. Ursprünglich sollte diese Aktion für das föderale Budget neutral sein. Dann wurden im Verlauf der Debatten in 2005 budgetäre Kosten von 566 Millionen Euro geschätzt, wobei damals schon Jean-Marc Nollet von ECOLO gewarnt hatte, dass diese Maßnahme unkontrollierbar sein würde. Es ist zu befürchten, dass er Recht behält, denn im Dezember 2007 spricht Herr Reynders von einer Steuersenkung für die Unternehmen von 7-8 Punkten, das entspricht einer Senkung um 23% und Kosten für den föderalen Haushalt von 2,4 Milliarden Euro. Der Abgeordnete Dirk van der Maelen sagt dazu, dass es sich um eine grobe Unterschätzung handelt und dass zusätzlich noch finanz- und steuertechnische Finessen der Banken als Überraschung möglich seien.

Hier ist nicht der richtige Ort, um diese ganze Angelegenheit und die Verantwortung welche Didier Reynders dafür zu übernehmen hat, zu erörtern. Es handelt sich in Wirklichkeit um ein Steuergeschenk möglicherweise ohne Gegenleistung für die Gesellschaft, denn es bleibt unklar, ob durch diese Maßnahme Arbeitsplätze geschaffen wurden. Für die DG wäre es aber gut zu wissen, ob hierdurch die Höhe der föderalen Dotation beeinflusst wird, ja oder nein.

Beim Ausgabenhaushalt spreche ich das Selbstverständnis von Regierung und Parlamentsmehrheit in Bezug auf die Außenbeziehungen an, ebenso wie die Tatsache, dass die Verwaltung der DG immer kostspieliger wird. Die Kritik von VIVANT betrifft auch die mangelnde Dynamik beim Klimaschutz und das Festhalten der Mehrheit an dem unsäglichen Projekt des Parlamentsumzugs.

Die Regierung sieht es ganz offensichtlich als ihre Pflicht an, die DG, wo immer möglich, im In- und Ausland bekannt zu machen. VIVANT kritisiert nicht unmittelbar dieses Bestreben, obschon ja noch nachgewiesen werden muss, ob und wo ein Mehrwert durch diesen Einsatz von Energie und Geld entsteht. Wir kritisieren aber die

Dimensionen dieser Bestrebungen, welche, nach unserer Auffassung, der Größe unserer Gemeinschaft nicht entsprechen. Wenn die Minister nun auf der einen Seite nach Brüssel, Berlin, Köln oder Düsseldorf, etc. reisen um Kontakte zu knüpfen, wie können sie dann rechtfertigen, sich nicht einsetzen zu wollen für lebensnotwendige Belange der Bevölkerung, nur mit dem Argument, das wäre keine Kompetenz der DG. Hier macht es sich die Regierung, nach unserer Auffassung, viel zu leicht, und sie liefert gleichzeitig den Beweis dafür, dass 4 Minister für unsere Gemeinschaft übertrieben sind, ja dass es gerade diese hohe Zahl an Ministern ist, welche zur Fehlleitung des ministeriellen Einsatzes führt. So muss oder möchte bei jedem Jubiläum, bei jeder Eröffnung, bei jeder kulturellen oder sportlichen Darbietung unbedingt ein Minister dabei sein. Man darf die Frage stellen, ob sich die Öffentlichkeit in der DG bewusst ist, wie kostspielig dadurch jede dieser Darbietungen, Premieren und Veranstaltungen wird, wenn man die Kosten für den Minister mitsamt seinem Kabinett auf die verschiedenen Termine in der DG umrechnet.

Hätte die Deutschsprachige Gemeinschaft nur einen Gemeinschaftsminister und einen Stellvertreter, dann würde der Einsatz des Ministers ganz von selbst den wesentlichen Problemen für die Menschen in der DG gelten.

Nehmen wir dazu das konkrete Beispiel der Bankenkrise, eine Schuldkrise, welche wahrscheinlich erst im nächsten Jahr auf das Wirtschaftsgeschehen durchschlagen wird, auch bei uns in der DG, wenn keine effektiven Gegenmaßnahmen getroffen werden. Niemand wird leugnen, dass diese Krise auch ganz entscheidend ist für die Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in Bezug auf die Ersparnisse der Menschen, auf den Arbeitsplatz, auf die Kaufkraft der Bevölkerung. Nehmen wir an, unser Gemeinschaftsminister wäre persönlich davon überzeugt, dass die Lösung des Problems nur über eine effektive Währungsreform zu erreichen ist, würde er dann nicht alle Hebel in Bewegung setzen können und hätte er dann nicht tatsächlich auch eine praktische Einflussmöglichkeit, als Ministerpräsident, bzw. als Gemeinschaftsminister, in den verschiedensten übergeordneten Gremien? An wen soll sich denn ein Einwohner der DG wenden, wenn sein Anliegen eine europäische Materie betrifft, und zwar eine solche, die nicht unter die Befugnis des

Europaparlamentes fällt, wie das ja für alle wirtschaftlichen, finanziellen und arbeitsrechtlichen Belange der Fall ist. Dieser Einwohner hätte nur die Chance über eine Partei an den zuständigen regionalen oder föderalen Minister heranzukommen, unser Minister hier in der DG kann sich ja hinter der Nichtzuständigkeit verkriechen. Wie die Wallonen sagen: „Ca ne tient pas debout“, das hat weder Hand noch Fuß. Das Präsidium sollte die Bestimmung über die Nichtzuständigkeit unserer Minister in der Geschäftsordnung des Parlamentes noch einmal gründlich überdenken.

Mit 13,20% des Haushaltes oder 23,294 Millionen Euro sind die Ausgaben für die Verwaltung der Bürgerinnen und Bürger in der Deutschsprachigen Gemeinschaft beinahe so kostspielig wie die 16,7% welche dem zentralen Bereich „Beschäftigung, Gesundheit und Soziales“ zufließen. Fast eine Milliarde belgische Franken um 74.000 Menschen zu

Verwalten - das kann doch überhaupt nicht nachvollzogen werden. Man muss bedenken, dass jeder Einwohner bereits in seiner Gemeinde vor Ort umfassend betreut wird. Dafür sind im Haushalt ja 17,851 M € vorgesehen. Im Ministerium werden demnächst wieder zusätzliche Fachleute eingestellt, um die neuen kostspieligen Computerprogramme zu bedienen. Im Ausschuss hat Herr Heukemes es auf den Punkt gebracht. Er sagte: „Wenn man die zusätzlichen Dienstleistungen haben will, dann brauchen wir diese PC-Programme und die entsprechenden Fachleute. Unter den Einzustellenden soll dann auch ein Terminologe bezahlt werden. Die DG wird also quasi die deutsche Rechtsfachterminologie neu erfinden.

Es wird offensichtlich, wie sich die Regierungs- und Verwaltungsgremien verselbständigen. Wir haben in der DG die höchste Minister- Abgeordneten- und Verwaltungsdichte in der Welt: Wahrlich kein Rekord, auf den die DG stolz sein kann. VIVANT-Ostbelgien fordert denn auch, und es wird ein Thema unseres Wahlkampfes im nächsten Jahr sein, dass sowohl die Zahl der Minister als auch die Zahl der Parlamentarier drastisch gesenkt werden. Während die Wirtschaft einen zunehmenden Mangel an hoch qualifizierten Mitarbeitern beklagt, und auch im Unterricht und in der Ausbildung Bedarf für Lehrkräfte herrscht, werden diese Fachleute von der Regierung und der Parlamentsmehrheit in den Kabinetten und

in der Verwaltung gebunden. Auch in der DG bildet sich somit der berüchtigte, typisch belgische politische Wasserkopf.

In einem Leserbrief im GE "Alles nur Schein!" am 24.11.2008, hat Lambert Jaegers für ECOLO zu Recht beklagt, dass die Regierung und die Mehrheit in der Kommunikation bezüglich Nachhaltigkeit zwar ganz gut seien, dass aber die Taten fehlen. Ich brauche bestimmt Niemanden davon zu überzeugen, weder hier im Saal noch unter den Zuschauern am Fernsehen, wie dramatisch die Zunahme der Erderwärmung durch immer weiter ansteigende CO₂-Emissionen bereits ist. Es ist aber bisher nicht zu erkennen, dass diese Parlamentsmehrheit der DG wirklich begriffen hat, was auf dem Spiel steht. Zumindest die Eifel-Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft mobilisieren sich jetzt und bauen die längst fälligen Windparks in unserer windreichen Gegend, nach Bütgenbach und Amel, jetzt auch Büllingen und demnächst wohl auch St.Vith und hoffentlich das windreiche Burg-Reuland. Da haben die nördlichen Gemeinden schon einen Rückstand aufzuholen. Warum ist die Regierung der DG nicht schon längst als Initiator und Koordinator aktiv geworden, so wie es die private Initiative Mobilae gemeinsam mit dem Erzeuger von grünem Strom Ecopower in der Gemeinde Waismes vormacht? Ich glaube, dass der Einsatz für Klimaschutz, erneuerbare Energien und Energieeffizienz tatsächlich von der Überzeugung in Bezug auf die Notwendigkeit und die Nützlichkeit der eigenen Handlungsmöglichkeiten abhängt.

Hierin liegt meines Erachtens auch die große Verantwortung von ECOLO. ECOLO sollte und wird hoffentlich von der Bevölkerung als DIE zuständige Umwelt- und Klimaschutzpartei angesehen. Wenn man als Partei nun diese Verantwortung übernimmt, dann genügt ein Wischi- Waschi Ziel von 20% EE, 20% Emissionsverminderung, 20% Energieeinsparung und das alles bis zum Jahr 2020 nicht! Dieses Ziel lässt sich wegen der Zahl 20 zwar werbewirksam verkaufen, es ist aber für den Klimaschutz vollkommen kontra- produktiv. Damit wird suggeriert, dass doch immer noch konventionelle Energieträger notwendig sein werden. Nein, das Ziel muss lauten, und die Priorität ebenfalls: 100% erneuerbare Energien so schnell wie möglich.

In Bezug auf Energiesparen sollte das was für jeden Einzelnen gilt, doch umso mehr für öffentliche Verwaltungen gelten. Man muss aber leider feststellen, dass Sparen und vor allem Energiesparen z.B. für das Parlament der DG weitgehend unbekannte Tugenden sind: Unmengen an Papier, wo auch eine elektronische Version eines Vorentwurfs eines Berichtes oder eines Dekretes genügen würden, Lichter die in unbenutzten Räumlichkeiten stundenlang umsonst brennen, Heizungen die selbst bei offenem Fenster nicht heruntergedreht werden, Kopien die nur einfach anstatt retro-verso angefertigt werden, usw. Da besteht sicherlich im PDG und sehr wahrscheinlich in allen Regierungs- und Verwaltungsgebäuden Handlungsbedarf!

Dass die Regierung für die beiden Großprojekte, den Parlamentsumzug und das PPP-Projekt, auch alternative Energiemaßnahmen vorsieht, kann nicht über die Unsinnigkeit des Ersten bzw. über die verbleibenden Fragezeichen beim zweiten Projekt hinwegtäuschen. Sie haben diese beiden Projekte von Anfang an geradezu krampfhaft miteinander verknüpft. Zuerst hieß es, das Parlament müsse unbedingt zum alten Sanatorium umziehen, damit die Autonome Hochschule in diese Räumlichkeiten hier einziehen könne. Der damalige Vorschlag der VIVANT- Fraktion, man solle, falls aus Platzgründen erforderlich, der Hochschule dann ein neues, angemessenes Gebäude errichten, wurde kommentarlos übernommen. Und dann brauchte urplötzlich die Pater Damian Schule die Räumlichkeiten des PDG. Dabei müsste ein Speisesaal und eine Aula sowieso angebaut werden. Deshalb sagt die VIVANT- Fraktion heute Folgendes: Wenn dieser Bedarf tatsächlich besteht, dann sollte der PDS in einem einzigen Block der gesamte fehlende Infrastrukturbedarf gebaut werden, aber es sollte um Gottes willen das Parlament in diesen vollkommen angemessenen und im Übrigen renovierungsfähigen Räumlichkeiten verbleiben. Wie schon gesagt, eine Verringerung der Anzahl an Parlamentariern ist sowieso überfällig! Die Unkosten für den Anbau der PDS können dann aus der nicht verbrauchten Summe für den nicht stattfindenden Parlamentsumzug entnommen werden, und es wird dann wahrscheinlich noch eine große Summe übrig bleiben.

Wie wollen Sie, meine Damen und Herren von Regierung und Mehrheit, der Bevölkerung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft glaubhaft vermitteln, dass Sie in einem Luxusgebäude residieren müssen, während immer mehr Familien mit Kindern draußen den Gürtel immer enger schnallen müssen? Wenn Sie dieses Projekt tatsächlich durchziehen, dann könnte ich mir vorstellen, dass es zu offenen Protesten kommt Und dann zu Recht, denn dieser Parlamentsumzug wäre skandalös, angesichts der finanziellen Schwierigkeiten, vor welchen die Meisten von uns inzwischen stehen!

In Bezug auf das PPP-Schulbauprojekt hat Erwin Franzen zu Recht die Frage nach der Streckung des gesamten Projektes gestellt. Denn über die Dringlichkeit einiger Maßnahmen, bzw. über die Frage in wieweit jetzt alle Maßnahmen unbedingt in das große PPP-Projekt mit aufgenommen werden müssen, lässt sich sicherlich streiten. Es stellt sich die Frage, ob es nicht wesentlich vernünftiger wäre, auch angesichts der Ungewissheiten auf Grund der Finanz- und Währungskrise, die eine oder andere Maßnahme besser in 2010, oder in 2011 über ein normales Kreditverfahren zu realisieren.

Sicher muss auch darüber verhandelt werden, ob der Abriss eines fast neuen Gebäudes Vertragsmasse sein darf.

Aber gehen wir einmal davon aus, dass alle im PPP-Projekt geplanten Vorhaben schnellstmöglich durchgeführt werden müssten. Dann müssen trotzdem die aktuelle Finanzsituation und die mögliche kurz- bis mittelfristige Entwicklung zwingend berücksichtigt werden bei einem Projekt von dieser Größenordnung, mit jährlichen Folgekosten von über 7 Millionen Euro, und das während einer Dauer von 30 Jahren. Alles andere wäre fahrlässig. Deshalb hatte ich in der Ausschussdebatte gefordert, dass die Regierung im Vertragstext für die Jahre nach Abschluss des Projektes eine mögliche Ausstiegsklausel für den Fall aushandelt, dass nach einer Währungsreform der Regierung die finanziellen Mittel für Projekte des Allgemeinwohls, zins- und tilgungsfrei, – so wie es eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein muss! –, zur Verfügung stehen würden.

Die VIVANT- Fraktion hat hiermit jedenfalls die Forderung nach einer entsprechend auszuhandelnden Ausstiegsklausel offiziell

gestellt, so dass hinterher Niemand wird behaupten können, darüber sei nie gesprochen worden.

Man erkennt, dass nach den Veräußerungen der öffentlich-rechtlichen Dienstleistungen in Belgien an die Privatvermögen, nunmehr, nach und nach die Staatsgebäude, in so genannten One-Shot Maßnahmen oder in PPP-Projekten, an der Reihe sind.

Ich schließe meine Stellungnahme deshalb mit einem Ausspruch von Thomas Jefferson, dem 3. Präsidenten der Vereinigten Staaten. Er war im Amt von 1801 bis 1809 und er hat während seiner Amtszeit einmal gesagt: „Sollte das amerikanische Volk jemals privaten Banken erlauben, ihre nationale Währung zu kontrollieren, zuerst durch Inflation, dann durch Deflation, dann werden diese Banken und die Konzerne, die um sie herum entstehen werden, den Menschen all ihren Reichtum abnehmen, bis zu dem Tag, an welchem ihre Kinder aufwachen werden ohne Dach über dem Kopf, in dem Land, welches ihre Väter für sie erobert haben.“ Man könnte meinen, Jefferson hätte der New York Times erst gestern dieses Interview gegeben. Wenn wir uns hier in der DG nicht wehren, dann wird uns, den Steuerzahlern, denjenigen die tatsächlich arbeiten müssen um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, nach und nach, der gesamte öffentliche Reichtum von denjenigen gestohlen, die nicht selber arbeiten müssen, sondern die uns alle, über das Schuldgeldsystem, für sich schufteten lassen.

Noch gestern Abend sagte ein Kollege spontan zu mir, mein Einsatz für eine Geldreform wäre ein Kampf gegen Windmühlen! Und er wollte von mir wissen, ob ich wüsste warum. Er hatte dann aber selber die Antwort auf seine eigene Frage parat: Er meinte, es würde sich Niemand in der DG für das Problem einer Geldreform interessieren, weil die Meisten selber Aktien besitzen oder ein Guthaben auf der Bank angelegt hätten, und sie würden befürchten, dass sie im Zuge einer Geldreform keinen Gewinn mehr aus Zinsen oder bei Aktiengeschäften erzielen könnten.

Darauf lässt sich Folgendes erwidern. 90% der Aktienbesitzer bzw. der Besitzer von Bankguthaben in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verlieren massiv durch das Schuldgeldsystem, trotz ihrer Aktien- oder Zinsgewinne, weil sie ja, zusammen mit den Beziehern von kleinen Einkommen, 30-50% Zinsen auf alle Produkte und auf alle

Dienstleistungen bezahlen. Die 10% Gewinner des Systems müssen bei einem Zinssatz von 4% mindestens eine halbe Million Euro, bei einem Zinssatz von 2% mindestens eine Million Euro besitzen, um von den Guthabenzinsen leben zu können. Das sind dann auch die Gleichen für die wir anderen 90% schufteten, es sind diejenigen welche die Medienkonzerne kontrollieren, welche die Personen für die Führungspositionen der politischen Parteien bestimmen und welche die Schlüsselpositionen in den föderalen Regierungen mit ihren Leuten besetzen.

Es handelt sich um verbrecherische Machenschaften, denn, ich zitiere den Wirtschaftsnobelpreisträger Maurice Allais, beim Schuldgeldsystem ist der Tatbestand der Geldfälscherei erfüllt! Wenn also die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu diesen Vorgängen schweigt, dann macht sie sich ganz eindeutig mitschuldig. Die zerstörerischen Folgen des Schuldgeldsystems sind Ihnen bekannt, und sie sind verheerend!

Joseph Meyer
VIVANT- Fraktion

